

Wird diese Nachricht nicht richtig dargestellt, klicken Sie bitte [hier](#).

Reformorientierte Plattform in der der SP Schweiz

Newsletter Nr. 5 / 2019

Liebe Reform Plattform



Es freut mich, dass wir seitens der Reformorientierten Plattform in der SP Schweiz gleich im neuen Jahr mit Informationen und Meinungen aufwarten können.

In einem **Rückblick** zieht unser ‚Geschäftsführer‘ Matthias Manz eine kleine Bilanz über den gegenwärtigen Stand der Reformplattform und zeigt in einem **Ausblick** auf, welche organisatorischen Ziele sich die Steuerungsgruppe im Jahr 2019 setzt.

Nach zwei Jahren intensiver Aufbauarbeit hat sich die Reformplattform in der innerparteilichen Diskussion als ernst zu nehmende Gruppierung etabliert und es findet ein erster grösser personeller Wechsel statt, da Pascale Bruderer und Chantal Galladé aus den eidgenössischen Räten ausscheiden werden resp. bereits ausgeschieden sind. Wir freuen uns sehr, dass die zwei Nationalratsmitglieder Yvonne Feri und Daniel Frei zur Steuerungsgruppe gestossen sind. Eine kontinuierliche personelle Erweiterung und bei Bedarf auch Erneuerung ist für die Weiterentwicklung der Plattform von grosser Bedeutung.

Der erste Newsletter hatte im August 2017 zum Thema **Digitalisierung** 6 Thesen und Forderungen der Reformplattform sowie drei Papiere dazu präsentiert. Nun erläutert Ständerätin Pascale Bruderer, welche Ziele sie mit ihrem Postulat „Plattformunternehmen und Gig Economy - Bessere Absicherung von selbständig Erwerbstätigen“ verfolgt.

Daniel Frei, seit Dezember 2018 für die SP Kanton Zürich im Nationalrat und neues Mitglied der Steuerungsgruppe unserer Plattform zeigt auf, weshalb die ‚**Korrektur-Initiative**‘ zur Verhinderung von Kriegsmaterial-Exporten in Bürgerkriegsländer notwendig ist und unterschrieben werden sollte.

Zum europapolitischen Dauerbrenner ‚**EU-Rahmenvereinbarung**‘ bietet Ständerat Daniel Jositsch ein update seiner Stellungnahme (vgl. Newsletter 4 vom September 2018) und nimmt eine Einschätzung des vom Bundesrat veröffentlichten Verhandlungsergebnisses vor.

Schliesslich beantwortet Nationalrätin **Yvonne Feri**, auch sie nunmehr Mitglied der Steuerungsgruppe der Reformplattform, die traditionellen 5 Fragen.

Ich wünsche euch eine interessante Lektüre und ein persönlich und politisch erfolgreiches 2019!

Erich Fehr, Stadtpräsident von Biel/Bienne

Nous prions d'excuser les Romandes et Romands parmi les amies et amis de notre plateforme que cette édition du « newsletter » ne peut être publié qu'en allemand en raison d'un séjour à l'étranger de notre traducteur. Notre plateforme travaille exclusivement dans un mode de miliciens et nous serions très heureux de trouver du renfort pour notre équipe de traduction. N'hésitez pas à vous annoncer: info@reform-sp.ch!



Reformplattform – Rückblick und Ausblick

Von Matthias Manz, Steuerungsausschuss Reformplattform, Aarau

Seit zwei Jahren ist die Reformorientierte Plattform in der SP Schweiz nun unterwegs. Eine Gelegenheit zurückzublicken und die nähere Zukunft ins Auge zu fassen.

Als unsere Plattform am 14. Dezember 2016 startete, meldeten innert weniger Tage 600 Personen ihr Interesse an. Heute sind es deren 1'000. Die meisten fühlen sich den Grundsätzen der Plattform nahe, einige möchten einfach unsere Aktivitäten verfolgen.

In der Zwischenzeit hat die Reformplattform ihre politische Positionierung in einem Grundlagenpapier transparent gemacht und sich pointiert in die innerparteiliche wirtschaftspolitische Debatte eingebracht. Mit grösseren Beiträgen meldeten wir uns zu den Themen Digitalisierung bzw. Öffentliche Sicherheit zu Wort, mit kleineren zu aktuellen politischen Fragen (z.B. AHV-Reform 2020, Steuerreform und AHV-Finanzierung, EU-Rahmenabkommen und flankierende Massnahmen, 99%-Initiative) und zu Exekutivämtern.

Rückblickend sollen drei Beobachtungen hervorgehoben werden:

- Eine sozial-liberale Plattform entspricht ohne Zweifel einem **verbreiteten Bedürfnis**. Für Personen in der SP, die sich in dieser wegen ihres prononcierteren Linkskurses nicht mehr richtig heimisch fühlen; für parteiungebundene Personen, um eine gemässigt linke Stimme zu unterstützen.
- Die Reformplattform hat sich in der innerparteilichen Meinungsbildung **etabliert**. Die Stimmen, dass sich da eine Parteisplaltung anbahnen könnte, sind verstummt. Es wird weitherum anerkannt, dass das Wirken der Reformplattform eine Arbeit zugunsten der SP und nicht gegen die SP darstellt.
- Mit einem **grossen freiwilligen Engagement** vor und hinter den Kulissen hat es die Reformplattform schon weit gebracht. Aber noch nicht weit genug. Und sie ist noch nicht gut genug. Mehr ist möglich und notwendig.

Die Steuerungsgruppe hat sich im vergangenen Sommer intensiv mit der Zukunft der Plattform auseinander gesetzt und sich von erfahrenen Personen den Spiegel vorhalten lassen. Es ist hier nicht der Ort, um die Analyse und die gewonnenen Erkenntnisse auszubreiten. Für das Jahr 2019 nimmt sich die Reformplattform folgende Ziele vor:

- Mit einem **elektronischen Forum** soll der Meinungs Austausch innerhalb der Reformplattform intensiviert werden, um Positionen und Papiere zu diskutieren. Das Innenleben der Reformplattform soll dialogischer und produktiver werden.
- Für Personen, die sich neben der elektronischen Kommunikation gerne auch direkt austauschen möchten, bieten Michael Oliveri und ich versuchsweise einen „**Reform-Stammtisch**“ an. 3-4 Mal pro Jahr, abwechslungsweise in Zürich, Bern oder einem anderen Ort. Der Gedankenaustausch soll niederschwellig und ergebnisoffen sein. Themen könnten z.B. sein: die Rolle des Staats; soziale Marktwirtschaft; die SP in den Agglomerationen. Oder was die Teilnehmenden sonst bewegt. Interessierte melden sich bitte bis am 20. Januar per (Rück-)Mail an info@reform-sp.ch. Ein erster Stammtisch könnte im März/April stattfinden.
- Es soll nach Mitteln (sic!) und Wegen gesucht werden, um die **Leistungsfähigkeit** der Reformplattform spürbar zu erhöhen. Deren Rolle in der politischen Öffentlichkeit und speziell innerhalb der SP Schweiz sollte gestärkt werden. Unter dem Motto „besser, schneller“.

Neben der politischen Arbeit wird folglich der ‚Infrastruktur‘ und den internen Abläufen der Reformplattform mehr Beachtung geschenkt werden.

Der Steuerungsausschuss ist froh, dass er durch **Yvonne Feri** (Nationalrätin AG) und **Daniel Frei** (Nationalrat ZH) verstärkt wird, um seine Ziele zu erreichen.



Vorwärts machen bei der Flexibilisierung mit einer sozialen Absicherung

Von Pascale Bruderer, Ständerätin, Nussbaumen AG

Das schon heute verbreitete Bedürfnis nach flexiblen Arbeitsmodellen wird im Zuge der fortschreitenden digitalen Transformation weiter zunehmen. Es ist davon auszugehen, dass der Trend "Gig Economy" – jenes Teils der Arbeitswelt, der von Plattformunternehmen dominiert wird und/oder in welchem kleine Aufträge kurzfristig an unabhängige selbständig Erwerbende oder Beschäftigte in Kleinstpensen vergeben werden – weiter an Bedeutung gewinnen wird (z.B. Uber). Aus Sicht der reformorientierten Plattform ist es zentral zu verhindern, dass neue Arbeitsmodelle zwischen Stuhl und Bank fallen und die soziale Absicherung der Erwerbstätigen dabei auf der Strecke bleibt.

Schwarz/Weiss-Denken bringt uns nicht weiter: Wer die Flexibilisierung der Arbeitswelt verteufelt, verkennt das Bedürfnis vieler Erwerbstätigen und die Vorteile, die sich für die individuelle Lebensgestaltung sowie das Familienleben dadurch ergeben können. Und wer die Flexibilisierung missbrauchen will für einen Abbau an Schutz und Rechten, der setzt den sozialen Frieden und damit einen wesentlichen Erfolgsfaktor des Schweizerischen Wohlstands auf das Spiel. Darum braucht es den Mut, neue Wege zu gehen und ein verbindliches Konzept zu entwerfen, welches die Flexibilisierung mit einer sozialen Absicherung verbindet. Auch im Falle von Plattformunternehmen sollen Möglichkeiten geschaffen werden, diese mit in die Pflicht zu nehmen.

In diesem Lichte ist mein Postulat „**Plattformunternehmen und Gig Economy. Bessere Absicherung von selbständig Erwerbstätigen**“ zu sehen und verstehen, welches in der vergangenen Session vom einstimmigen Ständerat überwiesen wurde. Es beauftragt den Bundesrat, in einem Bericht darzulegen, wie die soziale Absicherung von selbständig Erwerbstätigen der sogenannten "Gig Economy" gestärkt werden kann. Dabei ist auch und insbesondere zu prüfen, wie Plattform-Unternehmen zur Verbesserung der sozialen Absicherung beitragen können.

Die reformorientierte Plattform wird am Thema dran bleiben und sich mit Vehemenz für eine soziale Flexibilisierung, wie wir sie bereits **im Sommer 2017 in einem Beitrag zur Digitalisierungsdebatte** forderten, einsetzen.



Keine Kriegsmaterialexporte in Bürgerkriegsländer

Von Daniel Frei, Nationalrat, Uster ZH

Waffenlieferungen in Bürgerkriegsländer: Das haben wir weder nötig, noch ist es notwendig. Im Gegenteil: Es ist verwerflich und schadet der humanitären Tradition der Schweiz, auf die wir zu Recht Stolz sind und die es hochzuhalten gilt. Statt eigenartige Wendungen zu machen und der kurzfristigen Gewinnoptimierung zu frönen, sollte unser Land vielmehr langfristig denkend das humanitäre Profil schärfen. Für die Reformorientierte Plattform ist daher klar: Die Korrektur-Initiative ist richtig und muss unterstützt werden.

Das Ziel der Korrektur-Initiative ist es, die vorhandenen Hintertüren für Waffenexporte in Bürgerkriegsländer zu schliessen. Da bisher die Bestimmungen auf der Verordnungsstufe festgeschrieben sind, kann der Bundesrat jederzeit eine Lockerung gewähren. Im vergangenen Jahr hat er dies bereits versucht, wich dann aber unter massivem öffentlichem und politischem Druck zurück. Waffenexporten in Bürgerkriegsländer und in Länder, die systematisch und schwerwiegend Menschenrechte verletzen, soll mit der Korrektur-Initiative der Riegel geschoben werden.

Der Entscheid, ob die Schweiz mit Waffenexporten kriegerische Auseinandersetzungen in aller Welt unterstützen soll, darf nicht weiter vom Bundesrat allein getroffen werden, sondern geht uns alle etwas an. Auch das Bundesparlament konnte sich bis jetzt nicht zu einer eindeutigen und abschliessenden Haltung durchringen. Deshalb ist ein Volksentscheid sinnvoll.

Die Korrektur-Initiative ist politisch breit abgestützt und wurde von der überparteilichen ‚Allianz gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer‘ lanciert. Die SP ist darin auch vertreten.

Der Unterschriftenbogen sowie weitere Detailangaben zur Korrektur-Initiative finden sich unter: www.korrektur-initiative.ch.



Kompatient an der Herz-Lungen-Maschine: Institutionelles Rahmenabkommen in der Krise

Von Daniel Jositsch, Ständerat Zürich

Der bilaterale Weg gilt als einziger mehrheitsfähiger Kompromiss zur Regelung der zwischenstaatlichen Beziehungen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union (EU). Doch eine Fortführung bedarf eines institutionellen Rahmens. Das diesbezügliche Verhandlungsergebnis liegt nun auf dem Tisch und begeistert niemanden. Doch das darf nicht das Ende des Prozesses sein!

Mittlerweile ist das Ergebnis der Verhandlungen der Schweiz mit der Europäischen Union (EU) bezüglich eines institutionellen Rahmens zu den bilateralen Verhandlungen bekannt. Die Ausgangslage für einen Vertragsabschluss ist damit allerdings nicht einfacher geworden - im Gegenteil.

Die Ausgangslage

Die EU muss nach wie vor den Brexit verarbeiten respektive vorbereiten. Die Verhandlungen mit Grossbritannien haben unmittelbare Auswirkungen auf die Verhandlungsposition der EU zur Schweiz. Denn wenn die EU gegenüber Grossbritannien unnachgiebig bleiben möchte, kann sie auch gegenüber der Schweiz keine weitergehenden Zugeständnisse machen. Innenpolitisch stellt sich die Situation so dar, dass von vornherein nur drei der vier Bundesratsparteien den bilateralen Weg unterstützen; die SVP steht fundamental in Opposition. Damit kann eine Mehrheit nur erlangt werden, wenn die übrigen drei grossen Parteien den Weg stützen. Indem die Gewerkschaften und in der Folge das SP-Präsidium jegliche Gesprächsbereitschaft bezüglich der flankierenden Massnahmen, die dem inländischen Lohnschutz dienen, kategorisch verweigert haben und das vorliegende Rahmenabkommen ablehnen, ist dieses klinisch tot. Es wird faktisch nur noch dadurch am Leben erhalten, dass in den nächsten Wochen Sondierungsgespräche mit den Sozialpartnern, den Kantonen und den Aussenpolitischen Kommissionen des Parlaments geführt werden sollen. Was diese Neues bringen sollen, ist nicht erkennbar.

Die falsche Frage

Innerhalb der SP stellen wir uns aktuell die Frage, was vorgehen soll: Lohnschutz oder institutionelles Abkommen. Das ist jedoch die falsche Frage. Sie ist so falsch, wie die von der SVP gestellte Frage: Direkte Demokratie oder institutionelles Abkommen. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen der europäischen Integration grundsätzlich positiv gegenüber. Das bedeutet aber nicht, dass wir jedem Verhandlungsergebnis unkritisch gegenüberstehen müssen. Aber wir müssen uns bewusst sein, dass ein Abbruch der Verhandlungen mit der EU keine sozialdemokratische Alternative darstellen kann. Wenn wir als Partei den EU-Beitritt als langfristiges Ziel anstreben, müssen wir zwangsläufig auch eine europäische Integration fordern, und zwar in jedem Bereich. Es gibt daher kein "entweder - oder", sondern nur ein "sowohl - als auch". Wer jedenfalls den Weg der europäischen Integration verlassen und die Schweiz im Bereich des Lohnschutzes zu einer europäischen Insel der Glückseligkeit machen möchte, muss konsequenterweise eine Reform der Statuten der SP anstreben, die in der geltenden Fassung die europäische Integration mit dem langfristigen Ziel eines EU-Beitritts der Schweiz vorsehen. Für mich jedenfalls stehen Lohnschutz und europäische Integration nicht im Widerspruch.

Die richtige Antwort

Wenn wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten den bilateralen Weg unterstützen, dann müssen wir jetzt keine roten Linien ziehen und kompromisslos daran festhalten, sondern Aktionsfelder freispielen, Vorschläge ausarbeiten und Kompromisse verhandeln. Dabei gibt es zwei Aktionsfelder: Innenpolitisch sind nun primär die Sozialpartner am Zug. Die flankierenden Massnahmen sind kein Tabu; ein solches ist einzig der Lohnschutz. Dieser lässt sich durchaus auch im Rahmen des institutionellen Abkommens aufrecht erhalten. Als Beispiel sei nur die berühmte 8-Tage-Regelung erwähnt. Gemäss Rahmenabkommen sollen sich Erwerbstätige aus der EU, die für einen kurzen Auftrag in die Schweiz kommen, nur vier Tage vor dem Einsatz anmelden müssen. Eine solche Verkürzung lässt sich technisch durchaus lösen. Es lassen sich somit die Einbussen im Lohnschutz durch innenpolitische Kompensationsmassnahmen abfedern. Ob und in welchem Ausmass das möglich ist, muss in Verhandlungen ausgelotet werden. Es ist dabei natürlich möglich, dass Einbussen im Lohnschutz bestehen bleiben, die trotz innenpolitischen Massnahmen nicht hinnehmbar sind. Dann braucht es allenfalls Nachverhandlungen. Aussenpolitisch besteht nämlich durchaus ein gewisser Spielraum. Es hat sich in der Vergangenheit immer wieder gezeigt, dass die EU bereit ist, Nachverhandlungen zu führen, und sei es nur, wie aktuell im Zusammenhang mit dem Brexit, um Interpretationsformen zu definieren. Hier ist also das Ende der Fahnenstange noch nicht erreicht.

Fazit: Verweigerung ist kein Konzept

Die Situation ist für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten zweifellos ungemütlich. Wenn wir uns ihr aber durch eine kategorische Verweigerungshaltung entziehen, werden wir der Lösung nicht näher kommen. Wir haben als grösste, den bilateralen Weg stützende Partei der Schweiz eine staatstragende Verantwortung, die wir wahrnehmen müssen. Und ich bin überzeugt, dass die Wählerinnen und Wähler anerkennen werden, dass wir diese Verantwortung übernehmen, gerade weil es uns vielleicht in dieser Situation schwer fallen mag.



5 Fragen an...

... Yvonne Feri, Nationalrätin, Wettingen AG

1. Gibt es einen Auslöser, dass du dich bei der SP-Reformplattform engagierst und wenn ja, welcher?

Es gibt keinen direkten Auslöser, der mich überzeugt hat, bei der SP-Reformplattform mitzumachen. Aber es ist für mich nicht einfach nur ein Slogan, dass die SP Politik für alle statt für wenige macht, sondern meine Überzeugung. Dazu gehört für mich auch, dass wir (wie wir auch auf der Homepage schreiben) die Stimmen für eine reform-orientierte SP parteiintern bündeln und stärken. So stärken wir unsere Partei. Und die SP ist meine Heimat, ich vertrete ihre sozialen und ökologischen Werte.

Als langjährige Exekutivpolitikerin habe ich die Erfahrung, dass Allianzen, Kommunikation und auch das Respektieren anderer Meinungen zu konstruktiven Kompromissen führen. Wenn das Ganze mit einer Prise Humor und Gelassenheit ergänzt wird, kommt man bei der Problemlösung einen grossen Schritt weiter. Kurz gesagt: C'est le ton qui fait la musique.

Daneben ist mir selbstverständlich auch die Gleichstellung der Geschlechter seit vielen Jahren ein grosses Anliegen.

2. Wer ist dein politisches Vorbild und warum?

Es fällt mir schwer, mich für eine einzige Person zu entscheiden. Vorbilder sind für mich generell Frauen und Männer, die authentisch und ausdauernd sind. Damit meine ich, dass sie ihre Themen und Anliegen mit Geduld und Beständigkeit beharrlich verfolgen. Dass sie nicht beim kleinsten Widerstand oder beim ersten Hindernis aufgeben, sondern sagen «jetzt erst recht».

Ich schätze Menschen, die ihre Fahne nicht nach dem Wind richten und Mainstream tendenziell vermeiden. So dass sie sich selbst und ihren Werten treu bleiben.

Muss ich doch einen Namen nennen, so ist es Ruth Dreifuss.

3. Welche 5 Werte sind dir wichtig?

Dürfen es auch 6 sein? Denn es sind sechs Begriffe, die mir als Werte am Herzen liegen und ich kann mich nicht entscheiden, welchen davon ich weglassen könnte:

Chancengerechtigkeit, weil alle Menschen unabhängig von Herkunft und Orientierung dasselbe Recht auf Chancen und Perspektiven haben.

Solidarität, weil es Menschen gibt, die Unterstützung benötigen und wir den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft brauchen.

Respekt, weil unsere Gesellschaft nur mit Rücksicht und positiver Haltung gegenüber anderen funktioniert.

Nachhaltigkeit, weil es unsere Aufgabe ist, die Erde auch für die nachfolgenden Generationen zu erhalten.

Unabhängigkeit, weil es wichtig ist, dass wir uns eine eigenständige Meinung bilden.

Gleichstellung, weil es endlich an der Zeit ist, dass sie in allen Köpfen ankommt.

4. Was ist deine wichtigste Frage an die Zukunft?

Seit vielen Jahren beschäftige ich mich als Politikerin und als Präsidentin des Vereins für soziale Gerechtigkeit und armutinfo.ch mit dem Thema Armut. Und weil ich weiss, dass das oberste Ziel der Agenda 2030 ist, die Armut überall und in all ihren Formen zu beenden, so lautet meine wichtigste Frage an die Zukunft folgendermassen: Wie können wir Armut nachhaltig verhindern? Ist Bildung der Schlüssel dazu?

5. Was war die grösste (positive oder negative) Überraschung deines politischen Lebens?

Durch meine vielen Jahre in der Politik kann ich mich nicht auf ein einzelnes Ereignis beziehen. Und ausserdem sind es viel eher Zeiträume und Prozesse als Momentaufnahmen von Überraschungen, die mein politisches Leben prägen. So haben meine Wahl in den Nationalrat im Jahr 2011 oder der Wahlkampf um das Amt als Regierungsrätin ihre (vorwiegend) positiven Spuren hinterlassen. Aber auch die Arbeit als Präsidentin der SP-Frauen hat meinen Erfahrungsschatz bereichert.

Mit Stolz erfüllt mich, dass ich durch mein Amt als Nationalrätin Präsidentin der Stiftung Kinderschutz Schweiz bin. Wenn ich die neue Kampagne «Ideen von starken Kindern für starke Eltern – Es gibt immer eine Alternative zur Gewalt» betrachte, freue ich mich, Teil dieser Institution zu sein und einen Beitrag zur Verbesserung unserer Gesellschaft zu leisten.

Wenn Sie diese E-Mail (an: info@reform-sp.ch) nicht mehr empfangen möchten, können Sie diese [hier](#) kostenlos abbestellen.

info@reform-sp.ch